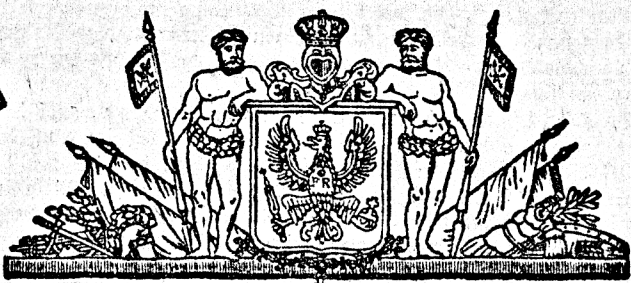


Vossische



Zeitung

Begründet

1764

Einzelne Nummer

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

20 Pfennig

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise; sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. A. u. d. H. d. H. d. H.): Jul. Eibau, Berlin, Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852 Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660

Simons Rechenschaftsbericht im Reichstag.

Die Verantwortung.

Der Minister des Aeußern hat heute vormittag dem Reichstag über seine Politik in der Wiedergutmachungsfrage Rechenschaft abgelegt. Die Rede, die wir nachstehend ausführlich wiedergeben, enthält zwar wenig neue Einzel-Sachfragen, aber sie ist als Ueberblick über das, was vor und in London geschehen ist, denkwürdig genug. Einwandfrei steht nunmehr fest, daß keine deutsche Regierung bisher einen umfassenden Plan für die Wiedergutmachungsleistungen ausgearbeitet hat, daß die Vorbereitung für die entscheidende Konferenz wirklich in den vierzehn Tagen vor ihrem Beginn erfolgt ist. Dr. Simons motiviert dieses Versagen aller verantwortlichen Stellen mit dem Hinweis auf die verschiedenen Faktoren der Unsicherheit, die vor ihrer Klärung eine Abschätzung der maximalen Leistungskraft Deutschlands unmöglich machte: Oberschlesien, Saargebiet, Balutanot, Einschränkung der Handelsfreiheit. Sieht man ganz davon ab, daß in dieser Aufzählung Faktoren, die von äußeren Einflüssen abhängen, durcheinandergebracht werden mit solchen, deren Unsicherheit ein Produkt der innerwirtschaftlichen und innerpolitischen Gedanken- und Planlosigkeit ist, so bleibt darüber hinaus noch folgendes festzustellen. Nichts stand im Wege, die Leistungsfähigkeit Deutschlands wenigstens für den ungünstigsten Fall zu ergründen und in Rechnung zu stellen. Nichts hinderte, ein System von Leistungen aufzustellen, das sich jedenfalls verwirklichen ließe und das erweitert werden konnte, wenn die fraglichen Voraussetzungen in einem für Deutschland günstigen Sinn ihre Erledigung fanden.

Was man heute im Reichstag gehört hat, bestätigt die Nichtigkeit der Ausführungen, die, nach dem Bericht in unserer gestrigen Abendausgabe, Stinnes im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten dem Minister entgegengehalten hat, die Feststellung, daß in der Außenpolitik des gesamten Kabinetts keine führende Idee zu erkennen, keine Planmäßigkeit zu finden sei. Aber seien wir gerecht. Darf in einem demokratischen Staatswesen dieser Vorwurf ohne Einschränkung einer Regierung gemacht werden, von Männern, die nach Recht und Macht instand und verpflichtet sind, durch das Gewicht ihrer Ratschläge und Warnungen das von ihnen als notwendig Erkannte rechtzeitig zu vertreten oder die Fortsetzung einer für die Allgemeinheit nach ihrer Ueberzeugung bedenklichen Tätigkeit zu hindern? Welche Ideen und Pläne hat Herr Hugo Stinnes, Hauptvertreter mächtiger deutscher Produktionszweige, Mitglied des Reichstages und des Reichswirtschaftsrates, Besitzer von Zeitungen und Nachrichten-Agenturen, der Regierung und der Öffentlichkeit rechtzeitig vorgelegt?

Und wer von den vielen Kritikern jeder Parteilichkeit, die sich jetzt, wo das Unglück geschehen ist, eifrig zum Worte melden, hat vorher, als es noch Zeit war, fruchtbare Kritik geübt und positive Vorschläge gemacht? Die „Vossische Zeitung“, die sich seit Monaten und Jahren pflichtgemäß dieser Aufgabe unterzog, hat nur die Angriffe und Beschimpfungen aller Heren dafür geerntet, die nichts getan haben. Wir sagen das nicht aus müßiger Rechthaberei; sondern um darzutun, daß die an dieser Stelle so oft verübte eiserne Logik der Geschichte sich auch diesmal nicht hat umbiegen lassen, und auch künftig von keiner Macht wird umgebogen werden können. Um zu zeigen, daß nur die eigene geistige Arbeit, nur das Vorhandensein jener nun von allen Seiten schwer vermischten Pläne und Ideen vor immer neuen, immer schwereren Schlägen sichern kann.

Was ist — nach der Rede des Außenministers — für und in London geschehen? Die Regierung hat vierzehn Tage lang mit den von ihr gewählten Sachverständigen ein Wiedergutmachungsprogramm beraten. Eine Einigung ist nicht erzielt worden. Die Vorschläge, die schließlich zustande kamen, sind aus politischen Gesichtspunkten, ohne Zustimmung und Verantwortlichkeit der wirtschaftlichen Sachverständigen, formuliert worden. In London selbst, also binnen 24 Stunden, wurden auch diese Vorschläge noch abgeändert und zwar eingeschränkt. Was darüber bisher von der Auslandspresse behauptet wurde, wird jetzt auch in Deutschland und wird heute unmißverständlich von Dr. Simons selbst bestätigt. Die Aenderung der deutschen Vorschläge, bestehend in der Weglassung variabler Leistungen, kam zustande unter dem Einfluß des deutschen Votschafters in London, und zwar, wie man weiß, mit Benutzung englischer Ratschläge. Aus welchen Quellen hat Herr Stinnes geschöpft, und welche Sicherheit hatte der Minister des Aeußern für die Güte dieser Ratschläge? Man erinnert sich vielleicht noch, daß auch vor der Konferenz von Spa ähnliches sich abgespielt hat; daß damals von Seiten der englischen Militärmission in Berlin Aeußerungen getan wurden, als ob die englische Regierung von den Abrüstungsforderungen Frankreichs abblenden werde. Die

Frage, ob Dr. Simons trotz der Enttäuschung von Spa auch in London wiederum einem analogen Vorgang zum Opfer gefallen ist, verdient eingehende Prüfung.

Noch während seiner ersten Londoner Rede hat Dr. Simons den katastrophalen Eindruck erkannt, den seine Politik auf die Gegenseite machte. Er hat dann in zweitägigen, nicht offiziellen Verhandlungen den Versuch gemacht, den völligen Bruch zu vermeiden. Unter anderem hat er auch nun Vorschläge für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Frankreichs durch deutsche Arbeit gemacht. Einer der französischen Delegierten hat sich nach seiner Darstellung diesem Gedanken widergesetzt, die anderen schienen ihn mit Interesse aufzunehmen.

Welche Vorschläge das waren, sagt Dr. Simons ebensovienig wie alle seine Vorgänger, die sich seit dem Herbst 1919 immer wieder darauf berufen haben, sie hätten derartige Vorschläge gemacht, die aber auf wiederholtes dringendes Befragen niemals näheres darüber zu sagen für gut fanden. Diese schädliche Geheimdiplomatie darf nicht fortgesetzt werden. Es genügt nicht, wie bisher, zu behaupten, daß Vorschläge gemacht worden sind, sondern es ist im Interesse Deutschlands notwendig, den Nachweis dafür zu bringen. Dr. Simons erzählt, wie schlecht in der ganzen Welt das Ansehen Deutschlands geworden ist, wie stark sich dieser schmerzliche Eindruck aufdrängt, sowie man die Grenzen Deutschlands verläßt. Dagegen gibt es nur ein wirksames Mittel: offenes Reden und offenes Handeln. Und deshalb ist zu wünschen, daß die gründliche Ausarbeitung des Aufbauplanes für Nordfrankreich, die der Minister heute als endlich bevorstehend angekündigt hat, in konkretester Form nicht nur den alliierten Regierungen, sondern auch der Öffentlichkeit der ganzen Welt zugänglich gemacht werde. Dann erst wird man entscheiden können, ob in Frankreich die widerstrebenden oder die einer europäischen Gemeinschaftsarbeit förderlichen Kräfte stärker sind.

Das Vertrauensvotum, das Minister Simons vom Reichstag verlangt und erhalten hat, ist eng begrenzt. Er hat sich von vornherein der allseitigen Kritik seiner Einzelhandlungen mit Selbsterkenntnis unterworfen und nur für den negativen Ausgang der Londoner Verhandlungen Absolution verlangt. Diese Forderung war berechtigt. Denn für das unvermeidliche Resultat der bisherigen Politik teilt der Minister des Aeußern die Verantwortung nicht nur mit seinen Kabinettskollegen, sondern mit allen Parteilern des Reichstages. Regierung und Parlament haben nun vor dem Lande die Pflicht, in gemeinsamer harter Arbeit sogleich an die Tilgung dessen zu gehen, was sie bisher verfehlt haben.

Alexander Redlich.

Die Wirkung im Reichstag.

Der Antrag der Mehrheit.

Die starke Spannung, mit der man die Erklärungen des Außenministers Dr. Simons über die Londoner Konferenz erwartete, zeigte sich äußerlich darin, daß Sitzungssaal und Tribünen schon lange vor Beginn der Sitzung nahezu lückenlos besetzt sind. Auf der Regierungsbank sind fast alle Mitglieder des Reichskabinetts zu sehen. Die größte Beachtung findet Dr. Simons, dem sich zahlreiche Hände begrüßend entgegenstrecken. Um 10¼ Uhr eröffnet Präsident Löbe die Sitzung. Nach der Mitteilung des Einlaufes erteilt er dem Außenminister das Wort. Dr. Simons spricht, wie stets im Reichstag, frei; er hat nur ein Blatt mit Notizen vor sich. Seine Rede, die mehr als anderthalb Stunden dauert, wird mit großer Aufmerksamkeit angehört und sehr selten durch Aeußerungen der Zustimmung oder des Gegenteils unterbrochen. Am Schluß aus der Mitte des Saales einige Bravorufe.

Nach dem Außenminister verliest Abg. Trimborn eine Erklärung der Regierungsparteien. Es folgt Abg. Wels, der für die Sozialdemokraten spricht. Während seiner Rede wird es im Saale lebhafter. Seine Ausführungen, besonders über die Frage der Kriegsschuld, erregen den Widerspruch der Rechten. Nach Wels kommt Graf Westarp für die Deutschnationalen zu Wort. Auf der Rednerliste stehen noch Abg. Dr. Breitscheid von den Unabhängigen und Abg. Stöcker von den Kommunisten. Da eine zweite Rednerliste nicht vorgezogen ist, dürfte die Aussprache in der fünften Nachmittagsstunde zu Ende sein. Sie wird mit der Annahme eines Antrages enden, der von den Koalitionsparteien eingebracht worden ist und folgenden Wortlaut hat:

„Der Reichstag billigt, daß die Reichsregierung trotz der in London angebrochten und jetzt vollzogenen Gewaltmaßnahmen der Entente bei der Wahrung der unerfüllbaren Forderungen verharret.“

Ein Vertrauensvotum wird in dieser „Tagesordnung“ nicht ausgesprochen.

Reichsminister Dr. Simons.

Die Erklärung, die ich heute namens der Reichsregierung vor Ihnen abzugeben habe, wird sich darstellen als ein Rechenschaftsbericht der deutschen Delegation über ihre Tätigkeit auf der Konferenz in London und als eine Mitteilung über die Absichten, die die deutsche Regierung angeht die Ergebnisse der Londoner Konferenz hat. Die Londoner Konferenz ist eine Fortsetzung von Spa und ein Versuch für Genf. Sie wissen, daß uns in Spa eine solche Konferenz versprochen worden war. In Spa ist zum ersten Male an die Stelle des unfruchtbaren Notenwechsels eine Verhandlung von Mann zu Mann getreten über die Haupt- und Kernfrage der wirtschaftlichen Not unserer Zeit: die Reparationsfrage. Wir hatten Anspruch darauf, daß die Behandlung dieser Reparationsfrage vorgenommen wurde auf einer Konferenz in einem neutralen Lande. Das war nicht ohne Wichtigkeit für uns. Denn man konnte hoffen, daß in einem neutralen Lande die Reparationsfrage unter einem umfassenderen, mehr internationalen Gesichtspunkte hätte in Angriff genommen werden können. Aber wenn uns nun statt einer Einladung nach Genf eine solche nach London zuzuging, so konnte die deutsche Regierung sich ihr nicht entziehen. Zu groß war für uns das Interesse, daß wir endlich einmal Klarheit bekamen über den Umfang unserer Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage. Wir konnten nicht formeller Vorteile halber den großen Vorteil aus der Hand geben, der in der endlichen Einladung, über die Reparationsfrage zu verhandeln, lag.

Die Konferenz in London hatte außerordentlich starke Hindernisse zu überwinden. Diese Hindernisse sind hauptsächlich entstanden durch die vorhergegangene Konferenz in Paris. Denn — wie ich das immer hervorgehoben habe — in dem Moment, wo die Alliierten ihre Forderungen ziffernmäßig der Welt und uns verkündet hatten, hatten sie sich so festgelegt, daß eine Uebermittlung sehr erschwert war. Und naturgemäß mußte sich als Gegenwirkung gegen die einseitige Festlegung der Alliierten im deutschen Volke eine feste Meinung bilden über die Unannehmlichkeit und Unannehmbarkeit dieser Forderungen, die auch ihrerseits einer Festlegung gleichkam. Es hat sich hier klar gezeigt, daß nur dann eine Aussicht auf Verständigung besteht, wenn die beiden maßgebenden Faktoren für die Reparationsfrage im beiderseitigen Studium geprüft und miteinander in Einklang gebracht werden. Diese beiden Hauptfaktoren sind nach dem Friedensvertrage selbst einerseits der Schaden, der in den ehemals besetzten Gebieten angerichtet ist in dem Umfang, in welchem wir ihn im Friedensvertrag übernommen haben, andererseits die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, die nicht zerstört werden darf durch die Forderung auf Schadenersatz. Gerade deswegen, weil die leidenschaftslose und sorgfältige Prüfung dieser beiden Faktoren ein unbedingtes Erfordernis für eine Verständigung ist, hatte ich im Frühjahr des vorangegangenen Jahres angeregt, eine solche Verständigung vor der endgültigen Zusammenkunft durch Sachverständige beider Teile in die Wege zu leiten. Ich bedauere es darum, daß die Wege, die zu der Konferenz von Brüssel geführt haben, nicht bis zu Ende weitergegangen worden sind. Darauf ist es auch zurückzuführen, wenn die Londoner Konferenz nicht zu einem Ergebnis geführt hat.

Zweimal haben in Brüssel die Sachverständigen versucht, den großen Problemen der Reparation näherzukommen; einmal haben es die Sachverständigen des Völkerbundes. Ihnen wurde die Arbeit dadurch erschwert, daß Frankreich nicht geneigt war, die Reparationsfrage von ihnen behandeln zu lassen.

Das zweite Mal kamen Sachverständige der Alliierten und Sachverständige Deutschlands zusammen, und durch sie sind auch eine ganze Anzahl von Aufklärungen geschaffen worden. Diese Aufklärungen konnten aber nicht zu Ende kommen, weil die Sachverständigen der Alliierten, ehe alle Probleme erörtert waren, und ehe die Verhandlungen der Wirtschaftsleute stattgefunden hatten, zu einem zusammengefaßten Bericht an ihre Regierungen gekommen sind. Dieser Bericht ist nicht einmal zu unserer offiziellen Kenntnis gelangt, wir kennen nur Auszüge aus ihm. Bei dieser Behandlung der Lebensfragen der deutschen Wirtschaft hatten wir schon kaum auf ein angemessenes Ergebnis hoffen dürfen.

Die Vorbereitungen für London.

Unter diesen ungünstigen Auspizien wurden die Vorbereitungen für London unternommen. Diese Vorbereitungen haben sich zunächst erstreckt auf eine sehr eingehende Prüfung der Pariser Beschlüsse. Die Prüfung hat stattgefunden durch die aufopferungsvolle Tätigkeit einer großen Anzahl von Sachverständigen aus allen Teilen Deutschlands, Männern, die sich herausgerissen haben aus ihren Berufsgeschäften, um dem Vaterlande ihre Kenntnisse zur Verfügung zu stellen. Ich halte es für meine Pflicht, auch von dieser Stelle aus den Sachverständigen, die wochenlang an den Pariser Beschlüssen kritisch geübt und ihre Meinung in einem Gutachten niedergelegt haben, den herzlichsten und aufrichtigsten Dank der Reichsregierung auszusprechen. (Beifall.)

Außer der von diesen Sachverständigen ausgearbeiteten Denkschrift, die Ihnen vorliegt, haben wir Ihnen auch noch eine andere Denkschrift vorgelegt, die im Reichsfinanzministerium ausgearbeitet worden ist und sich hauptsächlich befaßt mit der Besprechung der